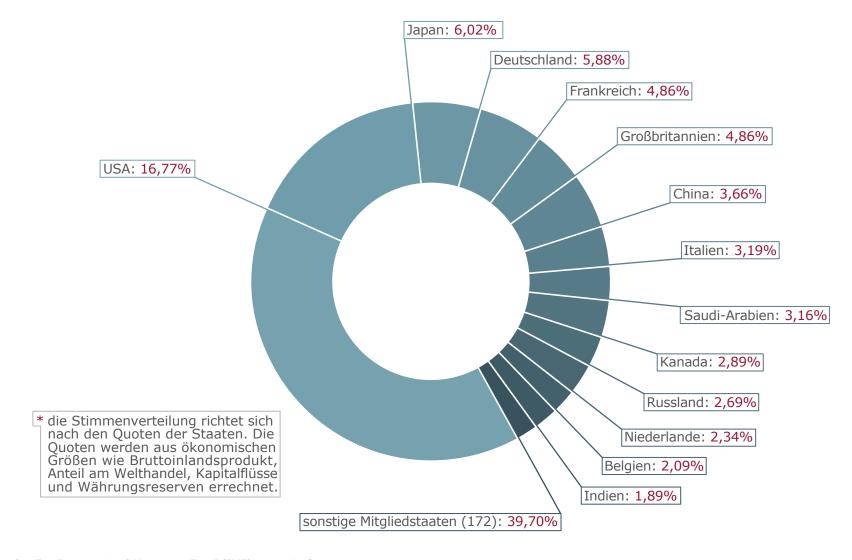
Stimmenverteilung* in Prozent, Stand: Juni 2009



Fakten

Die Ursprünge des Internationalen Währungsfonds (IMF – International Monetary Fund) gehen auf die große Depression in den 1930er-Jahren zurück. Denn durch protektionistische Maßnahmen, Abwertungswettläufe bei den Währungen und Einschränkungen des Devisenmarkts hatte die Krise auch im Bereich des internationalen Finanz- und Währungssystems zerstörerische Konsequenzen. Der IMF entstand als Teil der Verträge der Konferenz in Bretton Woods/USA im Jahr 1944. Das wesentliche Ergebnis der Konferenz war die Schaffung eines Systems fester Wechselkurse, das nach Ende des Zweiten Weltkriegs in Kraft trat. Die festen Wechselkurse sollten gewährleisten, dass Währungen jederzeit gegeneinander getauscht werden können (Konvertibilität) und so der Handel zwischen den Staaten erleichtert wird.

Der Fonds nahm seine Tätigkeit im Mai 1946 in Washington, D.C. auf. Damals zählte er 39 Mitglieder. Bereits Ende 1965 waren mehr als 100 Staaten Mitglied, Mitte 2009 waren es 186. Als Sonderorganisation der Vereinten Nationen (UN) beschäftigt der IMF etwa 2.400 Mitarbeiter.

Die Kernaufgaben des IMF bestehen darin, die internationale Zusammenarbeit bei der Währungspolitik zu fördern, zur Stabilisierung von Wechselkursen beizutragen und den laufenden internationalen Zahlungsbzw. den freien Devisenverkehr von staatlichen Beschränkungen freizuhalten. Um diese Aufgaben zu erfüllen, unterliegt die Geldpolitik der Mitglieder einer Überwachung durch den IMF. Zudem verfügt der IMF über verschiedene Möglichkeiten der Kreditvergabe.

Beim Beitritt zum IMF zahlt jedes Mitglied eine Einlagequote. 1946 zahlten die damaligen Mitglieder 7,6 Milliarden US-Dollar ein. Bis 1998

betrug die Summe der Quoten aller IMF-Mitglieder rund 200 Milliarden US-Dollar. 1999 wurde die Summe auf etwa 300 Milliarden US-Dollar erhöht. Für eine generelle Erhöhung müssen die zustimmenden Mitglieder über einen Stimmenanteil von mindestens 85 Prozent verfügen. Ende August 2009 lag der Wert der Quoten bei rund 325 Milliarden US-Dollar.

Die Quoten der einzelnen Staaten werden aus ökonomischen Größen wie Bruttoinlandsprodukt, Anteil am Welthandel, Kapitalflüsse und Währungsreserven errechnet. Sie werden vom Fonds als Geldreserve genutzt und bilden die Basis für die Ermittlung der Summe, die die Mitglieder jederzeit und ohne Auflage ausleihen können (Reservetranche). Die USA hatten mit 17,1 Prozent den höchsten Quotenanteil (Oktober 2009). Die zehn Staaten mit dem höchsten Quotenanteil hatten zusammen einen Anteil von knapp 55 Prozent.

Da sich auch der Stimmenanteil der einzelnen Staaten nach den jeweiligen Quoten richtet, haben die ökonomisch entwickelten Staaten einen überdurchschnittlich hohen Einfluss auf die Entscheidungen des IMF. Hinzu kommt, dass sowohl die USA als auch die EU durch ihren Quotenanteil von mehr als 15 Prozent über eine Sperrminorität verfügen.

Weiter entscheiden die Quoten über die Zuteilungen der so genannten Sonderziehungsrechte – ein im Rahmen des IMF geschaffenes Buchgeld, das die internationale Liquidität erhöhen soll und das gegen nationale Währungen mit anderen Zentralbanken und dem Fonds getauscht werden kann.

Schließlich kann jedes Mitglied jährlich Kredittranchen in Höhe von 100 Prozent der Quote in Anspruch nehmen. Wenn keine außergewöhnliche Situation vorliegt, können finanzielle Mittel in Höhe von maximal 300 Prozent der Quote in Anspruch genommen werden.

Neben den quotenbezogenen Krediten vergibt der IMF weitere Kredite: Kredite zur Armutsbekämpfung werden lediglich mit 0,5 Prozent verzinst, gewöhnliche Kredite hingegen zu marktüblichen Konditionen. Der Vorzug der IMF-Kredite liegt im Wegfall der Risikoprämie, die bei einem privaten Kredit anfiele. Allerdings sind diese Kredite an Bedingungen geknüpft (Konditionalität). In der Regel werden makroökonomische Stabilisierungsprogramme verlangt: Abbau von Staatsverschuldung und Subventionen, Kürzungen der Staatsausgaben und Bekämpfung der Inflation.

Die Konditionalität bei der Kreditvergabe hat vielfach Anlass zur Kritik am IMF gegeben. Dieser konzentriere sich zu wenig auf die Stabilisierung der Währungen. Stattdessen ständen Auflagen zu Strukturreformen im Mittelpunkt, die sowohl die Kompetenz des IMF überschreiten als auch der Souveränität der einzelnen Staaten entgegenstehen würden. Darüber hinaus wird kritisiert, dass die Vorgaben zu detailliert ausfallen und die betroffenen Staaten zu wenig als Partner bei der Behebung der Krise angesehen würden.

Manche Kritiker, wie zum Beispiel Mitglieder des globalisierungskritischen Netzwerks Attac, gehen noch weiter. Sie werfen dem IMF vor, dass die Maßnahmen sogar zur Verstärkung von Krisen beitragen und zu häufig der Schutz der von den Krisen betroffenen Gläubiger im Mittelpunkt steht.

Der IMF hat daraufhin die Wirkung der eigenen Programme überprüft und seit 2002 die Konditionalitäten bei der Kreditvergabe überarbeitet. Dabei ist das erklärte Ziel des IMF, stärker auf die politischen und ökonomischen Voraussetzungen des jeweiligen Staates einzugehen und die Kreditvergabe flexibler zu gestalten.

Zudem ist bei aller Kritik zu bedenken, dass der Fonds lediglich Mittler ist. Auch bei der Ausarbeitung einer Kreditvereinbarung mit einem Mitglied handelt der IMF nicht eigenmächtig, sondern im Auftrag der Mitgliedstaaten.

Datenquelle

International Monetary Fund (IMF): www.imf.org

Stimmenverteilung* in Prozent, Stand: Juni 2009

USA	16,77
Japan	6,02
Deutschland	5,88
Frankreich	4,86
Großbritannien	4,86
China	3,66
Italien	3,19
Saudi-Arabien	3,16
Kanada	2,89
Russland	2,69
Niederlande	2,34

Belgien	2,09
Indien	1,89
Schweiz	1,57
Australien	1,47
Mexiko	1,43
Spanien	1,39
Brasilien	1,38
Südkorea	1,33
Venezuela	1,21
Schweden	1,09
sonstige Mitgliedstaaten (164)	28,83

^{*} die Stimmenverteilung richtet sich nach den Quoten der Staaten. Die Quoten der einzelnen Staaten werden aus ökonomischen Größen wie Bruttoinlandsprodukt, Anteil am Welthandel, Kapitalflüsse und Währungsreserven errechnet.

Quelle: International Monetary Fund (IMF): www.imf.org